Andreas Tassonyi
Stadtparlamentarier
Allmendstrasse 6
8180 Bülach

Stadt Bülach
Patrizia Nötzli
Präsidentin des Stadtparlaments
Allmendstrasse 6
8180 Bülach

Bülach, 18. November 2026

Interpellation (Art. 54 GeschO)

Zeitgemässe Abfallbewirtschaftung in Bülach: Gebühren, Recyclinghof und illegale Ablagerungen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Der Stadtrat wird eingeladen, Auskunft über folgende Angelegenheit der Gemeinde zu geben:

A. Gebührenerhöhung und Überprüfung des Entsorgungssystems

1. Die Abfallgebühren sollen erhöht werden. Wie hoch fällt die Erhöhung bei den einzelnen Gebührenarten und für einen durchschnittlichen Haushalt aus, und wann tritt sie in Kraft? Der Fonds Abfallentsorgung ist gemäss RPK Ende 2027 fast aufgebraucht: Genügt die geplante Erhöhung, um die Kosten dauerhaft zu decken, oder ist eine weitere Erhöhung absehbar?
2. Aus welchen Gründen ist eine Erhöhung in diesem Umfang aus Sicht des Stadtrats zwingend, und welche Massnahmen zur Kostensenkung oder zur Verrechnung der Kosten an die Verursacher wurden zuvor geprüft? Wurde der Preisüberwacher angehört?
3. Wann wurde das Entsorgungssystem der Stadt (Sammelsystem, Angebote, Gebührenstruktur) zuletzt grundlegend überprüft, und wurde dabei ein Vergleich mit anderen Gemeinden angestellt?

B. Recycling-Center und Konzession

4. Welche Annahmepflichten bestehen für die Konzessionärin (Siedlungsabfälle aus Haushalten, Abfälle aus dem Gewerbe, Wertstoffe, Sperrgüter)?
5. Wer legt die Gebühren des Recycling-Centers fest? Sind Mindestannahmegebühren für kleine Mengen vorgesehen, und in welcher Höhe? Welchen Einfluss hat die Stadt darauf?
6. Kann die Stadt die Annahmepflichten, die Annahmebedingungen und das Angebot während der Konzessionsdauer anpassen, erweitern oder einschränken, und wie wird über die Verlängerungsoption entschieden?

7. Wurden alternative Modelle geprüft (Zweckverband, gemeinsame Anstalt, Anschlussvertrag an einen bestehenden Recyclinghof)? Wurden die Gesamtkosten und die Gebührenbelastung mit dem bisherigen Modell verglichen, und mit welchem Ergebnis?

C. Zugang der Bevölkerung zur Entsorgung

8. Wurden Modelle anderer Gemeinden im In- und Ausland geprüft, die Einwohnerinnen und Einwohnern den Zugang zu Recyclinghöfen ohne Einzelgebühren ermöglichen? Wie beurteilt der Stadtrat solche Modelle, auch gebührenrechtlich (Kostendeckungs-, Äquivalenz- und Kausalitätsprinzip)?
9. Wie beurteilt der Stadtrat die Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit der Strassensammlungen von Papier und Karton, und wie wirken sie sich auf illegale Ablagerungen aus?

D. Littering und illegale Ablagerungen

10. Die RPK vermerkt, dass 2026 162 Fälle illegaler Entsorgung verrechnet wurden (2024: 12). Wie haben sich Littering und illegale Ablagerungen insgesamt in den letzten fünf Jahren entwickelt (Meldungen, Einsätze, Kosten), und wie verhalten sich die Einnahmen aus der Verrechnung zu den Kosten der neuen Stelle und der Beseitigung? Woran misst der Stadtrat die Zielerreichung bei der Verminderung von Littering?
11. Mit welchen organisatorischen, präventiven und rechtlichen Mitteln geht die Stadt dagegen vor? Wurden die verrechneten Beträge in der Gebührenkalkulation berücksichtigt, und beabsichtigt der Stadtrat, das Vorgehen auszubauen?
12. Wie geht die Stadt mit wiederkehrenden Ablagerungen an denselben Standorten um, etwa bei Velounterständen von Wohnüberbauungen, wo Karton und andere Gegenstände ausserhalb der Sammeltage abgestellt werden? Welche Brand-, Sicherheits- und Hygienerisiken sieht der Stadtrat?

Begründung:

Die Abfallgebühren sollen erhöht werden, da der Fonds Abfallentsorgung gemäss RPK Ende 2027 fast aufgebraucht ist. Die neue Stelle gegen Littering zeigt Wirkung: 2026 wurden 162 Fälle illegaler Entsorgung verrechnet, 2024 waren es 12. Eine Gebührenerhöhung sichert die Finanzierung, beseitigt aber nicht alle Ursachen der Kosten: wiederkehrende illegale Ablagerungen, Littering und ein Entsorgungssystem, das die ordnungsgemässe Entsorgung kleiner Mengen nicht erleichtert. Schon kleine Mindestannahmegebühren können sie unattraktiv machen. In verschiedenen Gemeinden im In- und Ausland erhalten Einwohner einen einfacheren Zugang zu Recyclinghöfen. Mit dem neuen Recycling-Center und der zehnjährigen Konzession stellt sich die Frage, ob das System grundlegend überprüft wurde.

Der Stadtrat wird gebeten, darzulegen, wie er die Ursachen konsequent angeht und nicht nur die Gebühren anpasst.

Besten Dank und freundliche Grüsse,



Andreas Tassonyi
Stadtparlamentarier, SVP-Fraktion